

Was sind die militärischen Risiken der Umvolkungspolitik?



Von C. JAHN | Führt die Umvolkung zum Bürgerkrieg? Diese Frage wird derzeit in Frankreich diskutiert. In Deutschland überwiegt bislang die Einschätzung, das Abenteuer „Bunte Republik“ werde nicht in einen echten Krieg münden: Appeasement und bereitwillige kulturelle Selbstaufgabe werden auch in Zukunft die Haltung der indigenen Deutschen gegenüber den orientalischen Siedlern in Deutschland bestimmen, ein offener Konflikt zwischen Indigenen und Siedlern lässt sich daher dauerhaft vermeiden. Die Umvolkung ist zwar nervig, aber nicht gefährlich – so die landläufige Meinung in Deutschland.

Diese Annahme, dass sich die heutige, konfliktabschwächend wirkende Machtbalance zwischen Indigenen und Siedlern auch in die Zukunft fortdenken lässt, die Frage nach etwaigen militärischen Risiken der Umvolkungspolitik daher außer Acht gelassen werden kann, übersieht allerdings die wesentlichen Gründe, die zum Ausbruch von Kriegen führen. Kriege entstehen nicht, weil die eine oder andere Seite schlichtweg boshaft ist, sondern sie sind das Ergebnis bestimmter machtpolitischer Konstellationen.

Kriege, d.h. militärische Auseinandersetzungen zwischen einem Angreifer und einem Verteidiger, entstehen immer aus denselben drei Gründen:

1. Die angreifende Macht verspricht sich eine Verbesserung ihrer eigenen Lage durch die Niederringung des Gegners

Jeder Angreifer wird den Aufwand eines Angriffs nur dann in Kauf nehmen, wenn er durch einen Sieg etwas gewinnen kann: Land, Macht, Sicherheit, Ressourcen. Im Fall Frankreichs – um an die dortige Debatte anzuknüpfen – wäre eine solche Aussicht auf Gewinn auf Seiten beider potenzieller Gegner gegeben: Siedlern wie Indigenen. Auch wenn man hinterfragen mag, ob eine derart vereinfachte Konfliktstellung zwischen Siedlern und Indigenen überhaupt besteht – die Debatte in Frankreich kreist ja differenzierter um eine Allianz zwischen orientalischen Islamfaschisten und indigenen Kommunisten gegenüber indigenen Nichtkommunisten, also jenseits ethnischer Differenzen –, birgt die ethnische Zersplitterung Frankreichs wie ganz Westeuropas grundsätzlich das Risiko einer ethnischen Frontenbildung. Denn selbst wenn hier und dort politische Allianzen zwischen Indigenen und Siedlern zu beobachten sind, wird es sowohl im einen wie anderen Spektrum immer ethnoszentristische Kräfte geben, die die leicht mobilisierbaren ethnischen Gegensätzlichkeiten überspitzen und zum eigenen Machtvorteil ausnutzen werden. Die Frage ist nur, welchen Einfluss diese Kräfte erlangen – dies ist für die Zukunft aber kaum absehbar und soll daher hier auch nicht weiter Gegenstand der Betrachtung sein.

Bleiben wir also im Rahmen der derzeitigen französischen Debatte und dem Risiko einer grundsätzlichen ethno-politischen Frontstellung im Inland. Beide potenziellen Hauptgegner – vereinfacht im folgenden also Siedler wie Indigene – hätten durch einen Konflikt in der Tat Aussichten auf Gewinn: Die Islamfaschisten als derzeit schlagkräftigster militärischer Machtträger innerhalb der Siedlerpopulation könnten einen Macht- und Landgewinn erzielen – etwa durch Errichtung eines islamischen Separatstaats –, oder sie könnten durch eine gewalttätige Machtergreifung sogar die vollständige Kontrolle über die staatlichen Zentralorgane erreichen und so jeglichen

Machteinfluss der Indigenen insgesamt für immer beenden. Aber auch die Indigenen hätten durch einen Konflikt einiges an Macht und Einfluss im einst eigenen Land rückzuerobern. Ganz objektiv betrachtet, könnten also beide Seiten ihre derzeitige Lage durch einen siegreich ausgetragenen Konflikt durchaus verbessern. Für beide Seiten besteht somit ein erkennbarer Anreiz, einen solchen Konflikt gegebenenfalls auch auszutragen.

2. Es besteht eine hohe Erfolgswahrscheinlichkeit, die Niederrichtung des Gegners zu erreichen

Allerdings herrscht zwischen diesen beiden potenziellen Konfliktgegnern derzeit kein offener Krieg. Vielmehr besteht ein sorgsam ausgewogenes Machtgleichgewicht, das bislang einen militärischen Ausbruch des Konflikts verhindert: Da die Indigenen sich demographisch immer noch in der Überzahl befinden, berücksichtigt der Staat trotz politischer Zugeständnisse an die Siedler weiterhin auch Interessen der Indigenen, er tritt allzu radikalen Forderungen aus Siedlerkreisen entgegen. Dieser staatliche Widerstand gegenüber radikalen Forderungen der Siedler – ebenso wie radikalen Forderungen der Indigenen – stützt sich letztlich auch auf die erheblichen militärischen Mittel, die dem Staat zur Verfügung stehen. Ein militärischer Angriff auf den Staat zur gewaltsamen Durchsetzung eigener Ziele – von welcher Seite auch immer – wäre derzeit wenig erfolgversprechend: Der Staat wirkt somit als Garant des ethnopolitischen Gleichgewichts, indem er glaubwürdig signalisiert, dieses Gleichgewicht gegenüber beiden potenziellen Konfliktgegnern notfalls mit Waffengewalt aufrecht zu erhalten. Solange dies so bleibt, bleibt auch die Gefahr eines Bürgerkriegs gering.

Allerdings wird sich diese militärpolitische Gesamtlage im Landesinneren künftig wesentlich verändern, vor allem da der Anteil der Siedler innerhalb der militärisch einsetzbaren Institutionen des Staates stetig ansteigen wird: in Polizei wie Armee. Je höher aber der Anteil der Siedler, desto weniger werden diese militärischen Institutionen gegen einen etwaigen Angriff aus Siedlerkreisen – z. B. von Seiten der Islamfaschisten – einsetzbar sein. Zudem sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass sich die Siedler im Ernstfall militärisch stets auf ein Bündnis mit ihren Heimatstaaten – denken wir nur an die militärisch hochaktive Türkei oder das rapide aufrüstende Marokko – verlassen könnten. Diese jederzeitige militärische Bündnisfähigkeit mit ausländischen Staaten wird die derzeitige machtpolitische Kräfteverteilung innerhalb Frankreichs – wie in ganz Westeuropa – ebenfalls zunehmend zugunsten der Siedler verändern.

Parallel zu diesem Prozess einer voranschreitenden Durchdringung der staatlichen Militärstrukturen durch die Siedler und deren möglicher Allianzenbildung mit ausländischen Staaten wird zugleich unter den Indigenen die Gewissheit verschwinden, dass die einst eigenen staatlichen Militärorganisationen, in die sie derzeit noch Vertrauen setzen, tatsächlich weiterhin in der Lage und überhaupt willens sein werden, sie im Falle einer Bedrohung wirksam zu schützen. Folglich wird das subjektive Bedrohungsempfinden unter den Indigenen stetig zunehmen und der Druck innerhalb der indigenen Bevölkerung ansteigen, dieser subjektiv empfundenen bzw. in wachsendem Maße wohl auch objektiv



bestehenden Bedrohung zwecks Abwendung einer gefährlichen Defensivlage ebenfalls militärisch zu begegnen: Das sinkende Angriffsrisiko der einen Seite ist ja das steigende Niederlagerisiko der anderen Seite, dem es militärtaktisch vorzubeugen gilt.

Es ist deshalb durchaus vorstellbar, dass, obwohl in den meisten Szenarien der Debatte in Frankreich von einem Angriff der Siedlerseite ausgegangen wird, sich mit zunehmendem Bedrohungsempfinden und sinkendem Staatsvertrauen offensiv ausgerichtete militärische Strukturen auch innerhalb der indigenen Bevölkerung herausbilden könnten. Solche Strukturen könnten zum einen als informelle, paramilitärische Kräfte entstehen, unterstützt etwa durch Waffenlieferungen aus ausländischen Staaten, die sich durch die voranschreitende Islamisierung Westeuropas geopolitisch gefährdet sehen – beispielsweise Russland. Zum anderen ist aber auch eine Aufspaltung der staatlichen Armee entlang der ethnischen Bruchlinie denkbar: in eine Armee der Siedler und eine Armee der Indigenen, die sich dann beide hochbewaffnet, beide möglicherweise im Bündnis mit ausländischen Staaten – Türkei, Russland – im Inland gegenüberstehen.

Im Ergebnis sehen wir also das Risiko einer schwer kontrollierbaren Eigendynamik, die sich aufgrund der ethnodemographischen Zwangsläufigkeit – der Anteil der Siedler steigt, der Anteil der Indigenen sinkt – kaum ausbremsen lässt. Je stärker die Durchdringung der staatlichen Militärstrukturen durch die eine Seite, desto geringer das Staatsvertrauen der anderen Seite und desto stärker steigt deren Bedarf an eigenverantworteten militärischen Mitteln. Da es sich bei diesem Prozess aufgrund des voranschreitenden ethnischen Umbaus um eine nahezu unausweichliche Entwicklung handelt, die insbesondere die Indigenen immer stärker unter Druck setzen wird, ist es ebenfalls nur allzu wahrscheinlich, dass die ethnopolitische Konfliktlage im französischen Inland – wie in ganz Westeuropa – in zehn oder 15 Jahren deutlich

ausgeprägter sein wird als heute. Entsprechend wird auch das Binnenkriegsrisiko in den kommenden Jahren, allen Sonntagsreden zum Trotz, stetig weiter steigen.

3. Die militärische Niederringung erscheint gegenüber allen zivilen Möglichkeiten als schnellste und sicherste Möglichkeit zur Erreichung der eigenen verbesserten Lage

In Frankreich wie in ganz Westeuropa bestehen also durchaus zwei wesentliche Voraussetzungen für die Entstehung eines Bürgerkriegs zwischen Siedlern und Indigenen. Beide Seiten haben etwas zu gewinnen, und vor allem auf Seiten der Siedler wird die Wahrscheinlichkeit eines militärischen Erfolgs in den kommenden Jahren immer weiter ansteigen. Diese Erfolgsaussicht wird für die Siedler zunehmend als Anreiz wirken, zugleich birgt sie das wachsende Risiko einer Präventivoffensive auf Seiten der Indigenen.

Fraglich ist dennoch, ob es tatsächlich zum Ausbruch eines offenen Kriegs kommen wird. Dies wird nur dann der Fall sein, wenn die angreifende Seite nicht nur von einer hohen Erfolgswahrscheinlichkeit ausgehen kann, sondern sich unter den Angreifern auch die Ansicht durchsetzt, dass eine militärische Eskalation schneller und sicherer zum Erfolg führt als jede zivile Vorgehensweise.

Aus Sicht der militärischen Treiber unter den Siedlern könnte dies dann der Fall sein, wenn sich innerhalb der indigenen Bevölkerung ein stabiler politischer Gegendruck entwickeln würde – in Frankreich z. B. durch einen mehrfachen Wahlsieg Marine Le Pens –, der die bisherige Appeasement- und Unterwerfungspolitik auf absehbare Zeit beenden und somit dem politischen Erfolgsbedürfnis innerhalb der tonangebenden Kreise der Siedler einen spürbaren Widerstand entgegensetzen würde. Kurzfristig erscheint dies wenig wahrscheinlich. Es ist aber durchaus vorstellbar, dass mit wachsendem politischen Druck gegenüber der indigenen Bevölkerung – etwa auch im Rahmen der weltweit zunehmenden Diskreditierung der „Weißen“

insgesamt – in Zukunft unter den verschiedenseitig bedrängten Indigenen ein stabiler und wirksamer Gegendruck entsteht, der eine Fortsetzung der derzeitigen Unterwerfungspolitik durch den Staat praktisch unmöglich machen wird. Politisch mit zivilen Mitteln wird dann für beide Konfliktbeteiligten, Siedler wie Indigene, kein Weiterkommen mehr zu erzielen sein: Man wird in einer Art zivilen Stellungskriegs verharren, der die eine wie die andere Seite früher oder später zu einer militärischen Auflösung verleiten dürfte.

4. Fazit

Die hier dargelegten Ausführungen möchten für keine der beiden Seiten Partei ergreifen, es geht allein um die Darstellung eines bereits heute in seinen Grundzügen erkennbaren – daher ja die Debatte in Frankreich – und künftig mit großer Wahrscheinlichkeit weiter zunehmenden militärischen Konfliktpotenzials, das die Umvolkungspolitik in Westeuropa geradezu zwangsläufig begleitet. Auch wenn in Deutschland in amtlichen Schönwetterreden ausschließlich ein rosarotes Bild der interethnischen Zustände gezeichnet wird, bleibt die Umvolkung in der „Bunten Republik“ wie in ganz Westeuropa nach aller historischer Erfahrung der Menschheitsgeschichte ihrem ganzen Wesen nach ein außerordentlich riskantes und militärisch durchaus gefährliches Projekt: Dieses Projekt ist mit einer ganzen Reihe machtpolitischer Dynamiken verbunden, die die gegenwärtige scheinfriedliche Balance zwischen den jeweiligen politischen Kräften auf Seiten der Siedler wie der Indigenen jederzeit von Grund auf erschüttern können.

Speziell in Deutschland, wo die Appeasement-Politik besonders ausgeprägt ist, sollte man sich zudem vor Augen halten, dass eine Bürgerkriegslage in den bereits deutlich stärker von ethnischer Zerrissenheit geprägten Nachbarländern Frankreich, Belgien und Holland jederzeit auf ähnlich stark umgevolkte Gebiete innerhalb Deutschlands – denken wir vor allem an NRW – übergreifen könnte: ein tödlicher Flächenbrand schert sich nicht um verwaltungsrechtliche Grenzziehungen. Die derzeitige

Debatte in Frankreich über die Bürgerkriegsrisiken der Umvolkungspolitik ist also keineswegs eine binnenfranzösische Angelegenheit, die uns in Deutschland nicht zu kümmern braucht. Vielmehr sollte diese Diskussion dringend auch bei uns mit der gebotenen Offenheit geführt werden.